

Die Ausrichtung der Politik der Bundesregierung

Es ist erforderlich, dass im Deutschen Bundestag und in der Politik der Bundesregierung mit Überblick und Sachverstand an die Bewältigung der anstehenden Aufgaben herangegangen wird. Roman Herzog hatte 1997 in seiner „Ruck-Rede“ darauf hingewiesen, dass diese Aufgaben in Deutschland zu wenig thematisiert werden:

„Wir streiten uns um die unwichtigen Dinge, um den wichtigen nicht ins Auge sehen zu müssen.“

Was sind die wichtigen Dinge?

„Zuerst müssen wir uns darüber klar werden, in welcher Gesellschaft wir im 21. Jahrhundert leben wollen.“- „Es geht um nichts Geringeres als um eine neue industrielle Revolution, um die Entwicklung zu einer neuen, globalen Gesellschaft des Informationszeitalters.“- „Jeder weiß, dass wir eine lernende Gesellschaft sein müssen. Also müssen wir Teil einer lernenden Weltgesellschaft werden, einer Gesellschaft, die rund um den Globus nach den besten Ideen, den besten Lösungen sucht.“

Weitsichtige Persönlichkeiten hatten bereits seit dem Ersten Weltkrieg erkannt, dass die Welt in diejenige Krise hineingeraten wird, in der wir uns heute befinden. Dazu gehörte zum Beispiel *Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi* (1894 -1972). Er gründete 1922 die *Panuropa-Union*. Dieses Ereignis gilt als der organisatorisch-historische Ausgangspunkt der europäischen Einigungsbewegung.¹

Spätestens seit Mitte der 20. Jahrhunderts wurde offensichtlich, dass alles kriegerische Handeln überwunden werden muss und dass die Menschheit angesichts von Atombomben und Chemiewaffen nur überleben kann, wenn die Regierungen aller Staaten eine vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit entwickeln. Dazu wurde die UNO gegründet. Das Grundgesetz, das für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen worden war, formulierte gemäß der Konzeption der Vereinten Nationen zugleich die Struktur der optimalen Verfassung der Weltgesellschaft. Dass die deutsche Politik global auszurichten ist, wurde in seiner Präambel betont:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Seit 1989/90 befinden sich immer mehr Menschen aufgrund der wirtschaftlichen Globalisierung in existenziellen Krisen. Sie sehen sich in ihrer Gesundheit und ihrem Leben bedroht. Sie wissen nicht mehr, wie sie finanziell zurechtkommen sollen. Die Euro-Krise ist nur ein Teil davon. Unzufriedene Menschen demonstrieren für eine andere Politik. Es muss also den deutschen Politikern darum gehen, sich mit erfolgversprechenden politischen Mitteln für geordnete Verhältnisse in der Weltgesellschaft, dem „global village“, einzusetzen. Alle Probleme, die wir in Deutschland und in Europa haben, auch bei dem Bemühen, „den Euro“ zu retten, lassen sich nur zweckmäßig lösen, indem global gedacht wird: Es sind globale Maßnahmen zu initiieren! *Da die Verletzungen von Grund- und Menschenrechten seit 1989/90 eskalieren, sind diese Maßnahmen auf deren wirkungsvollen Schutz hin auszurichten.*

Hierzu gibt es gegenwärtig die folgenden Initiativen:

1. Da dieses Thema im Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle spielte, wurde vor der Wahl die „Deutsche Petition zur globalen politischen Ordnung“ formuliert und gerichtet an den

¹ Konsensbewusstsein als Basis internationalen Zusammenlebens. Von der Gründung der Panuropa-Union zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung im global village

<http://www.imge.info/extdownloads/KonsensbewusstseinAlsBasisInternationalenZusammenlebens.pdf>

Deutschen Bundestag und das EU-Parlament. Hier geht es darum, von Deutschland und Europa aus die Organisationen der Vereinten Nationen in zweckmäßiger Weise zu unterstützen. Informationen zu dieser Aktion finden Sie unten. Zu dieser Initiative gehört die Internetseite www.deutsche-petition-zur-globalen-politischen-ordnung.de

2. Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) verabschiedete anlässlich des 40. Jahrestages der Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen im September 2013 die Erklärung „Globale Politik aktiv gestalten: Zehn Prioritäten für die zukünftige deutsche UN-Politik“. Sie legte diese Prioritäten allen Kandidatinnen und Kandidaten des Deutschen Bundestags als Empfehlung vor. Diese Prioritäten entsprechen der Zielrichtung der Petition, die der DGVN zur Diskussion auf ihrer Fachtagung am 18./19. 09.2013 vorgelegen hatte. Die DGVN-Empfehlungen bleiben noch recht vage. Bei jeder der Prioritäten hätte man sich noch konkretere Angaben gewünscht zu dem, was im Rahmen der deutschen Politik im Einzelnen zweckmäßig und geboten ist.
3. Ein weiterer Beitrag zum wirkungsvollen Schutz der Grund- und Menschenrechte besteht in einem Qualitätsmanagement, das in besonderer Weise der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte sowie *Global Governance* im Sinne der Vereinten Nationen dient.²

Dieses Qualitätsmanagement trägt zur *Ego-Befreiung* bei – dazu, dass Menschen

1. bereiter werden, ihnen unterlaufende Fehler wahrzunehmen und wirkungsvoll zu korrigieren, anstatt diese zu wenig ernst zu nehmen bzw. nicht zuzugeben und
2. kaum noch Identitätsverstärker benötigen über Eigentum, Statussymbole, finanzielles Einkommen und ihnen über berufliche Positionen und sonstige Eigenschaften zur Verfügung stehende Machtmittel und vermeintliche Überlegenheit Mitmenschen gegenüber.

Dieser Beitrag enthält auch Hintergründe und Begründungen für die Petition und die Ausrichtung der deutschen Politik auf die Organisationen der Vereinten Nationen.

Wie lässt sich nun erreichen, dass sich unsere zukünftige Regierung tatsächlich den heute vordringlichen Kernaufgaben und Prioritäten mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit widmet? Nach genauerem Hinsehen müssten die Vertreter aller Parteien im Bundestag darin übereinstimmen, dass die hier erwähnten Initiativen problemlos zu ihrem Parteiprogramm passen. Denn es geht dabei ausschließlich um das Allgemeinwohl, das Wohl aller Bürger. Niemand dürfte also dagegen sein. Wer offen dagegen plädiert, würde dem Grundgesetz entsprechende Politik verhindern wollen, was offensichtlich verfassungswidrig ist.

Wir brauchen eine breite öffentliche Information und Diskussion dazu, so dass dies allen Menschen bewusst werden kann. Dazu ist Unterstützung durch Organisationen aller Art, Wirtschaftsunternehmen, Massenmedien und Einzelpersonen herbeizuführen. Zeitungen und andere Medien sollen über die hier erwähnten Aktionen berichten und dazu Stellung nehmen.

Wünschenswert ist eine Fernsehsendung, wo in einer geeigneten Runde Lösungsmöglichkeiten für die globalen Herausforderungen besprochen werden. Dazu

² Thomas Kahl: Qualitätsmanagement in Deutschland, Europa und weltweit. Die Entwicklung einer humanen Technologie für Global Governance.
<http://www.imge.info/extdownloads/QualitaetsmanagementInDeutschlandEuropaWeltweit.pdf>

eingeladen werden könnten zum Beispiel Vertreter der DGVN, der WHO und der UNESCO, von gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden wie etwa dem DPWV, von religiösen Dachorganisationen etc. Es wäre schön, wenn auch Roman Herzog daran teilnehmen könnte.

Erläuterungen zur Bedeutung der Grund- und Menschenrechte

Die Grundrechte sind in ihrer *Bedeutung und Funktion* identisch mit der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen von 1948, den Zehn Geboten und den Lehren von Jesus von Nazareth, Buddha, Konfuzius, Laotse und anderen Weisheitslehrern.

Die Grundrechte wurden seit Jahrtausenden immer wieder mit unterschiedlichen Mitteln (Worten, Geschichten, Empfehlungen, Bildern) dargestellt. Dabei wurden so *unterschiedliche Formen* zur Darstellung und Beschreibung dieser Rechte gewählt, dass man schon sehr vertraut damit sein und einen guten Überblick haben muss, um zu erkennen, dass es überall um *denselben Inhalt und Sinn* geht:

Die Grundrechte sagen, wie Menschen miteinander umgehen sollten, um bestmöglich miteinander zurecht zu kommen. Sie dienen dazu, dass es allen Menschen gut geht. Wie die Straßenverkehrsregeln sollen sie für vorsichtiges und rücksichtsvolles Handeln sorgen, damit Schädigungen (Verletzungen) möglichst nicht eintreten.

Die Grundrechte enthalten Feststellungen, um für fairen Umgang miteinander zu sorgen. Eine derartige Feststellung lautet „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Artikel 3 (2) GG). Diese Feststellung ist eine Tatsache, die leider von allzu vielen Menschen noch nicht angemessen beachtet wird. So werden zum Beispiel nicht immer die gleichen Löhne bezahlt. Eine andere Feststellung lautet: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft“ (Artikel 6 (4) GG). Damit ist gemeint, dass jede Mutter diesen Schutz bekommen soll. Der Anspruch wird in vielen Fällen nicht erfüllt. Das hat negative Auswirkungen auf die Mutter, das Kind und die Gemeinschaft. Solche Auswirkungen sollten durch den Schutz verhindert werden. Eine Gemeinschaft ruiniert sich selbst, wenn sie nicht gut genug für den Nachwuchs sorgt.

Im Grundgesetz werden Worte verwendet, deren Bedeutung vielen Menschen nicht klar genug ist: Dazu gehören zum Beispiel *die Würde* und *die Freiheit* des Menschen. Beide sind *zu achten* und *zu schützen*. Wie ist das zu verstehen? Was bedeutet es? Das Gleiche wie § 1 der Straßenverkehrsordnung:

- (1) Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.
- (2) Wer am Verkehr teilnimmt hat sich so zu verhalten, dass kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.

Die Grund- und Menschenrechte besagen nichts Anderes als dieser Paragraph. Sie sind nur allgemeiner formuliert, weil sie sich darauf beziehen, wie sich Menschen *immer* zu verhalten haben, also nicht nur im Straßenverkehr: mit Vorsicht, Rücksicht, ohne sich gegenseitig zu verletzen und zu schaden. Mit anderen Worten heißt das: Bei allem, was man tut, muss man das Wohl aller Anderen im Blick haben und mit unterstützen. Man darf deren Rechte nicht verletzen (Artikel 2 (1) GG).

Wenn man *in erster Linie* sein eigenes Wohl verfolgt und dabei zu wenig Rücksicht auf das Wohl anderer nimmt, riskiert man Schäden. Wenn man *zu wenig* auf sein eigenes Wohl achtet, riskiert man sein Leben. Wenn man *das* verstanden hat, ist klar: Es ist immer wieder

schwierig, hier den goldenen Mittelweg zu finden und zu befolgen. Da muss man enorm aufpassen!

Was im Straßenverkehr schon schwierig sein kann, das ist im sonstigen Leben von Menschen miteinander oft noch viel schwieriger. Im Straßenverkehr geht es darum, dafür zu sorgen, dass keine Unfälle passieren, dass es nicht kracht. Im sonstigen Leben „kracht“ es ebenfalls immer dann, wenn Menschen in Konflikte miteinander geraten, wenn keine Einigkeit besteht. Das kommt so häufig vor, dass es geradezu normal ist. Hier kommt es leicht zu Missverständnissen und Streitigkeiten. Damit gut umgehen zu können, lässt sich lernen. Dazu gibt es Ausbildungen, Trainingskurse und Literatur, etwa das Buch „Streiten verbindet“.³ Aus gutem Grund muss man die Fahrschule besuchen und die Fahrprüfung bestehen, bevor man ein Auto steuern darf. In den allgemeinbildenden Schulen müsste es ebenso einen Unterricht geben, in dem man sich fair zu verhalten und gut mit Konflikten umzugehen lernt. Wenn es einen solchen Unterricht nicht gibt, kommt es zu katastrophalen Folgen.

Über angemessene Schulungsmaßnahmen lässt sich verhindern, dass Beziehungen durch Konflikte schlechter werden und dass es zu unschönen Trennungen kommt. Außerdem gibt es Vermittler, die bei der Schlichtung und Überwindung von Streitigkeiten behilflich sein können. Wenn Menschen merken, dass sie miteinander ihre Konflikte nicht gut regeln können, dass es dabei immer wieder zu Verletzungen und Beleidigungen kommt, sollten sie sich Unterstützung von Personen holen, die dafür ausgebildete Experten sind. Wenn man das nicht tut, handelt man unvernünftig. Infolge dessen kann großer Schaden entstehen, bis hin zu Mord und Totschlag (Krieg). Deshalb ist die Anwendung von Gewalt, Nötigung und Erpressung gesetzlich verboten. Sie ist menschenunwürdig. Auch Kriege sind verboten. Aber Regierungen halten sich nicht immer daran, ebenso wie viele andere, die sich nicht gut genug mit Recht und Gesetz auskennen.

Leider gibt es Menschen, die so schwer verletzt worden sind, dass es nur sehr schwer gelingt, Konflikte mit ihnen gut zu regeln. Diese Menschen haben ihr Vertrauen in andere Menschen verloren. Sie gehen davon aus, dass andere stets nur an sich selbst denken und ihnen schaden wollen. Sie misstrauen diesen deshalb. Sie neigen vorschnell dazu, andere Menschen als Feinde zu betrachten. Manche werden infolge dessen zu Asozialen, Verbrechern und Kriminellen. Wenn diese daraufhin in einer Weise bestraft werden, die sie zusätzlich verletzt, wenn sie missachtet, nicht ernst genommen werden, können sie zu Terroristen werden.⁴ Andere werden stattdessen krank, leistungs- und arbeitsunfähig. Es gibt auch Menschen, die aufgrund der Verletzungen, die sie erlitten haben und ständig erleiden, nicht mehr leben wollen und sich deshalb selbst umbringen.

Je stärker Menschen verletzt worden sind, umso schwieriger ist das Zusammenleben mit ihnen. Viele davon benötigen jahrelange ärztliche und psychotherapeutische Unterstützung, damit ihre seelischen Wunden heilen können.⁵

Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen, damit es möglichst nicht zu solchen schlimmen Folgen kommt.

³ George R. Bach, Peter Wyden: Streiten verbindet. Spielregeln für Liebe und Ehe. Fischer Verlag 1992

⁴ Thomas Kahl: Verletzungen der Würde des Menschen und Maßnahmen der Prävention gegen eskalierende Gewalt. Wie menschliches Versagen zu Terrorismus und dem Weltuntergang führen kann. www.imge.info/extdownloads/VerletzungenDerWuerde.pdf

⁵ Thomas Kahl: Der politisch-gesellschaftliche Nutzen der Achtung der Würde des Menschen sowie der Arbeit von Psychotherapeut/inn/en <http://www.imge.info/extdownloads/NutzenDerWuerde.pdf>